

Sozialdemokratischer Informationsbrief

Kiel, 19.06.2002

Landtag aktuell

Es gilt das gesprochene Wort!
Sperrfrist: Redebeginn

TOP 18 + 30 – Preiserhöhungen im Zuge der Euro-Umstellung; Überprüfung der Baugebührenverordnung

Siegrid Tenor-Alschausky:

Verbraucher haben auf Teuro-Preise reagiert

Ich danke, auch im Namen meiner Fraktion, der Ministerin für ihren Bericht. Sie hat umfassend die Bemühungen der Landesregierung, die Verbraucherinnen und Verbraucher vor der Einführung des Euro als Zahlungsmittel zusammen mit anderen, z. B. dem Europäischen Verbraucherzentrum und den Verbraucherberatungen, zu informieren dargestellt. Durch diese gute Aufklärung und Vorbereitung der Bürgerinnen und Bürger auf die neue Währung gelang die Umstellung auch in Schleswig-Holstein problemlos. Auch Handel und Dienstleistungsgewerbe haben überwiegend ihre Preisauszeichnung, die Darstellung der Preise sowohl in € als auch in DM verbraucherfreundlich organisiert.

Den Euro zum vielzitierten „Teuro“ haben die schwarzen Schafe der Branchen gemacht. Zum Teil ausgesprochen dreiste Abzockerei führte zu einer verbreiteten Verunsicherung. Inzwischen spüren ganze Branchen die daraus resultierende Kaufzurückhaltung. Diejenigen Unternehmen, die sich nicht an die Selbstverpflichtung des Handels und des Dienstleistungsgewerbes gehalten haben, fair umzurechnen, tragen eindeutig die Schuld an dieser Entwicklung. Die Verbraucherinnen und Verbraucher sehen den „Teuro-Preisen“ nicht hilf- und tatenlos zu. Sie stimmen mit den Füßen ab, meiden Geschäfte und Dienstleistungsbetriebe, deren Preisgestaltung als unangemessen empfunden wird.

Schleswig-
Holstein

Herausgeber:
SPD-Landtagsfraktion
Verantwortlich:
Petra Bräutigam

Landeshaus
Postfach 7121, 24171 Kiel
Tel: 0431/ 988-1305/1307
Fax: 0431/ 988-1308

E-Mail: pressestelle@spd.ltsh.de
Internet: www.spd.ltsh.de

SPD

Die Ministerin hat in ihrem Bericht entsprechende statistische Aussagen benannt. Für Markttransparenz haben in den vergangenen Wochen und Monaten auch die Medien gesorgt. Von riesigen BILD-Schlagzeilen bis zum Internetservice z.B. des STERN reichte die Palette der Medieninformationen, bei denen die Preistreiber an den modernen Pranger gestellt wurden. Auch die angebotenen Hotline der Verbraucherzentrale wurde gut genutzt.

Die Verbraucherinnen und Verbraucher haben reagiert! Ebenso wie jetzt Handel und Dienstleistungsgewerbe! Mit Preissenkungen und Sonderaktionen muss mühsam versucht werden, verlorengegangenes Vertrauen zurückzugewinnen! So ärgerlich das Verhalten der „schwarzen Schafe“ auch war und ist, die Verbraucherinnen und Verbraucher haben gemerkt, dass sie durch ihr persönliches Verhalten das Marktgeschehen beeinflussen können!

Das veränderte Reiseverhalten vieler Deutscher ist eine große Chance für den Tourismus in unserem Land. Wer seine Position verbessern will, muss denjenigen, die aus den verschiedensten Gründen von Auslandsreisen zugunsten von Reisen in Deutschland absehen, etwas bieten. In zahlreichen Debatten um den Tourismusstandort Schleswig-Holstein ist immer wieder gefordert worden, Qualität zu verbessern, neue Besuchergruppen zu gewinnen. Ich denke dabei insbesondere an die vielfältigen Bemühungen, Schleswig-Holstein als Standort für den Gesundheitsurlaub zu etablieren. Die erzielten Erfolge dürfen jetzt nicht aufs Spiel gesetzt werden durch Preiserhöhungen im Zuge der Währungsumstellung auf Euro, die den Verbraucherinnen und Verbrauchern als nicht leistungsgerecht erscheinen.

Ich freue mich, dass die Ministerin berichten konnte, dass insbesondere in den Orten, die sich schwerpunktmäßig auf Familienurlaub spezialisiert haben, Preiserhöhungen ausgesprochen moderat vorgenommen wurden. Anbieter, die sich so verhalten, handeln klug, und um diesen Begriff zu gebrauchen, nachhaltig. Schleswig-Holstein als Tourismusstandort muss stehen für die Aussage: Hier stimmen Preis und Leistung!

Lassen sich mich noch einige Worte zum Antrag der CDU zur Überprüfung der Baugebührenordnung sagen. Wer wie ich noch ehrenamtlich kommunalpolitisch tätig ist, weiß aus eigener Erfahrung, wie sorgfältig bei der Umstellung von Gebühren auf € umgegangen wurde. Niemand wollte sich auch nur ansatzweise dem Vorwurf aussetzen, abzuzocken. Meine Fraktion hält den vorliegenden Antrag, die Gebühren der geltenden Baugebührenverordnung gemeinsam mit Kreisen und kreisfreien Städten zu überprüfen, für populistisch! Er geht an der Sache auch deshalb vorbei, weil er von einer Fraktion eingebracht wird, die in anderen Zusammenhängen immer fordert, dass der Staat Leistungen einschränken soll.

Heute morgen ist in diesem Haus von Rednern aller Fraktionen einhellig die konstruktive Arbeit der kommunalen Spitzenverbände gewürdigt worden. Man sollte dann aber auch in diesem Zusammenhang die ablehnende Haltung dieser Spitzenverbände zur Kenntnis nehmen!

Ich beantrage für die SPD-Fraktion Ausschussüberweisung.